

(A) (Minister Schleußer)

gedruckt vorliegen. Wenn Sie das in Einklang bringen, dann sehen Sie durchaus, daß es weder 400 Millionen noch 500 Millionen oder etwa 1 Milliarde DM Löcher durch Personalkostensteigerung gibt, sondern daß dieser Haushalt, wie in den übrigen Punkten auch, auf der sicheren Seite gefahren wird. Das sind ja sehr häufig die Vorwürfe, die Sie mir machen: daß der Haushalt auf der riskanten Kante gefahren würde, nicht auf der sicheren Seite. Das habe ich Ihnen hier z. B. mit dem Ansatz der Personalausgaben widerlegt. Es gibt nach diesem Tarifvertrag und nach dem Ansatz im Haushalt keinen Grund, weder bis zur dritten Lesung noch über einen Nachtrag, eine Veränderung bei den Personalkosten herzustellen.

Wenn man heute die Steigerungsrate des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen mit den übrigen Flächenländern vergleicht, liegen wir auch nach der Abseckung der 1,4 Milliarden DM relativ hoch. Aber ich bin sicher: Stellt sich das Rechnungsergebnis 1991 dar, wird Nordrhein-Westfalen zu den Ländern gehören, die am unteren Ende der Steigerungsrate liegen - ich sage Ihnen: nicht nur an diesem Punkt. Trotz vieler gegenteiliger Behauptungen, die durch nichts belegbar sind, fährt Nordrhein-Westfalen einen soliden Haushalt, und wir behalten das auch 1991 bei.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister!
- Damit sind die Stellenpläne beraten.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Mit Drucksache 11/1114 liegt Ihnen die Beschlussempfehlung vor. Darüber hinaus liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der CDU vor.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Zellnig für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Zellnig (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der

(C)

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten steht:

Es gibt eine neue Wohnungsnot in Deutschland.

Die neue Wohnungsbauministerin teilt mit, daß in Nordrhein-Westfalen mindestens 400 000 Wohnungen fehlen.

Seit diesen Feststellungen aus dem vergangenen Jahr sind wiederum viele Monate mit endlosen Diskussionen ins Land gegangen. Die Tatbestände haben sich in diesen Monaten verschärft.

In den Wohnungsämtern unseres Landes, aber auch bei den einzelnen Wohnungsbaugesellschaften spielen sich teilweise chaotische Szenen ab, wenn Menschen, die nicht oder völlig unzureichend untergebracht sind, erneut mitgeteilt bekommen, daß für sie keine Wohnung vorhanden ist.

Bei der Einbringung unseres Antrags "250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995" im September habe ich erklärt, daß Schluß sein muß mit dem Taktieren, Finassieren und Schuldzuweisen, weil hieraus keine einzige zusätzliche neue Wohnung entstünde. Richtig ist, daß es des Analysierens genug ist und daß nun tatsächlich gehandelt werden muß.

Ich möchte mit Erlaubnis der Präsidentin die zuständige Ministerin aus einer Rede auf dem Architektenkongreß in Norderney zitieren. Sie betonte:

(D)

Es ist zu befürchten, daß die Situation auf dem Wohnungsmarkt und gerade auf dem Teilmarkt der Sozialwohnungen sozialen Sprengstoff in sich birgt. Wir sollten dies sehen.

Deshalb ist es dringend notwendig zu handeln. Und ich sage hier noch einmal: Es bringt uns in einer solchen Situation überhaupt nicht weiter, wenn jeder immer nur mit dem Finger auf den anderen zeigt und meint, er solle das Problem lösen. Wir werden die gravierenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt nur lösen, wenn jeder seiner Verantwortung gerecht wird. Die Wohnungsverorgung der Menschen ist eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden.

Genau so ist es! Wir stehen in einer Notlage, in der gehandelt werden muß, und jeder muß seiner Verant-

(A) (Zellnig [CDU])

wortung gerecht werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Fragestellung lautet: Gibt es in dieser Verantwortungszuweisung eine besondere Kraftanstrengung des Landes über das Normale hinaus? - Nein, um das Ergebnis vorwegzunehmen, diese besondere Kraftanstrengung gibt es nicht. Ich will dies belegen:

Mit dem Wohnungsbauprogramm 1990 sind - im übrigen auch mit Bundesmitteln - 27 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen errichtet worden. Auch die zuständige Ministerin weiß, daß dies zuwenig ist. Um so mehr gilt heute die Fragestellung: Was ist hier in Nordrhein-Westfalen geschehen, um zu einem wirklichen Mehr an Wohnungen zu kommen? Ich sage: Nichts, nichts ist geschehen, da das Wohnungsbauprogramm 1990 kurzerhand auch zu einem Wohnungsbauprogramm für 1991 erklärt worden ist. Eine einmalige und besondere Kraftanstrengung in einer besonderen Notsituation ist nicht geschehen, es bleibt alles beim alten.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Weil Bonn weniger Geld gibt, lieber Kollege Zellnig!)

(B) Da erkennbar ist, daß auch in den nächsten Jahren maximal 27 000 Wohnungen gefördert werden, 50 000 jährlich aber erforderlich sind - das ist ja zwischen Experten nicht zweifelhaft -, wächst die Lücke zwischen dem Notwendigen und dem Erreichbaren. Was ist in Nordrhein-Westfalen nun wirklich geschehen?

Von einer besonderen Anstrengung ist nichts zu sehen - das alte Programm ist das neue Programm. Erforderlich sind neue Akzente, neue Finanzierungssysteme werden vorgeschlagen - von all dem keine Spur im Wohnungsbauprogramm 1991!

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das sehen die Wohnungsbauunternehmen aber anders!)

Da appelliert die zuständige Ministerin, damit aufzuhören, mit dem Finger auf den anderen zu zeigen und ihn aufzufordern zu handeln. Da wird gesagt: "Es ist dringend notwendig zu handeln", sie selbst aber verharrt in völliger Bewegungslosigkeit. Da fordert man, Schuldzuweisungen zu unterlassen, erhebt dies

(C)

im Umgang mit dem anderen aber selbst zur Methode.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sie sind schon wieder dabei!)

Mit absoluter Sicherheit werden wir dies auch heute wieder erleben - ich kann das voraussehen - nach dem Motto: Was gut ist in Sachen Wohnungsbau, hat selbstverständlich das Land gemacht; für alles das, was nicht zufriedenstellend und nicht gut ist, ist der Bund verantwortlich.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Diese Einlassungen, meine Damen und Herren von der SPD, haben wir bereits in der vergangenen Woche hier gehört; durch ständige Wiederholungen wird aber nichts besser. Daß dies jetzt noch zur Methode landesweit gemacht wird, das, Frau Ministerin, finde ich bei der Notlage der Menschen nahezu unglaublich. Mit "Methode" meine ich folgenden Tatbestand:

Das Ministerium lädt gemeinsam mit der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen landesweit zu sogenannten Wohnungsforen ein. Das erste Forum fand am Montag in Dortmund statt, weitere Foren sind angekündigt. Ich bin zu diesem Wohnungsforum in dem naiven Glauben - naiv, wie ich jetzt weiß - gefahren, daß zu hören ist, was in Sachen Wohnungsbau in dem zuständigen Ministerium geschieht, um mittelfristig die Wohnungsnot im Lande wirklich beseitigen zu können. Gehört habe ich vor circa 200 geladenen sachkundigen Gästen in der Eröffnungsansprache einen hemmungslosen Angriff des Präsidenten der Architektenkammer auf die angeblichen Versäumnisse der Bonner Wohnungsbaupolitik.

(D)

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Der hatte recht, der Mann!)

Ich habe nicht gehört, daß dieser Präsident auch nur einen Satz dazu gesagt hätte, daß sich der Bund nach wie vor immerhin mit 2 Milliarden DM im sozialen Wohnungsbau engagiert.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Twenhöven [CDU])

(A) (Zellnig [CDU])

Ich habe nichts von ihm gehört, daß gerade in den neuen Bundesländern eine erhebliche Anstrengung in der Wohnungsbaupflicht notwendig ist. Nein, gehört habe ich eine hemmungslose Attacke auf das, was in Bonn angeblich unterlassen wird.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Twenhöven [CDU] - Abgeordneter Hunger [SPD]: Der Mann hat die Wahrheit gesagt! - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ein einsichtiger Mensch!)

Und, meine Damen und Herren, was man nicht voraussagen braucht, weil es ohnehin kommt:

Die zuständige Ministerin konnte sich natürlich auch nicht enthalten, das alles in den schönsten Farben zu schildern, was in Nordrhein-Westfalen geschieht und daß der böse Bund dann natürlich an allem schuld ist. Das war der Schwerpunkt ihrer Rede. Ebenso natürlich war zu erwarten, daß der SPD-Oberstadtdirektor in Dortmund genau Gleiches wie der Vertreter des örtlichen Mietervereins sagen würde. Lediglich der Geschäftsführer von Hoesch Wohnungsbau brachte wirklich anspruchsvolles Denken und Niveau in diese Debatte. Und ganz selbstverständlich, um das Bild abzurunden, war zu erwarten, daß der Vorsitzende dieses Ausschusses dieses Landtages natürlich das Loblied der SPD weiter singen würde, und ebenso natürlich kam unser Antrag - 250 000 neue Wohnungen als Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen - überhaupt nicht vor. Ich will damit sagen: Die als erstes Wohnungsbauforum angekündigte Veranstaltung wurde diesem Anspruch, nämlich ein Wohnungsbauforum zu sein, überhaupt nicht gerecht, sondern es wurde hier ein Pontifikalamt zugunsten der SPD einseitig und als Tribunal gegen Bonn abgefeiert.

Ich will an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Ich finde es nahezu unglaublich, daß sich eine berufsständische Organisation, die eigentlich dem Bauen und nichts als dem Bauen und ihrer Organisation verpflichtet sein sollte, in dieser Situation dazu mißbrauchen läßt, sozusagen an einem Pontifikalamt für die SPD teilzunehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sage an alle Adressaten, die zu weiteren Wohnungsbauforen eingeladen werden: Geht einfach nicht

(C)

hin. Es lohnt sich überhaupt nicht. Wer in Sachen Wohnungsbau etwas erfahren will, geht dort nicht hin, wenn er aber in Sachen Parteipolitik etwas hören will, dann muß er dies tun. Außer endlos langen Diskussionen ist in Nordrhein-Westfalen nichts im Sinne eines Mehr für den Wohnungsbau und die Menschen geschehen.

Was setzen wir als CDU dagegen? Wir wollen - und halten dies für unerlässlich - die Ausweitung der Wohnungsbauförderung in folgender Weise: 20 000 Einheiten für die Eigentumsförderung insgesamt, jährlich, dann auf fünf Jahre, Ausweitung und Förderung von Mietwohnungen - ebenfalls 20 000 Einheiten, auch für die nächsten fünf Jahre - und die Verbesserung von Rahmenbedingungen, um u. a. auch 50 000 Dachgeschoßwohnungen ermöglichen zu können.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Wer soll das bezahlen?)

Das Mehr an Wohnungen ist erreichbar, wenn Sie endlich das tun, was die Sachkundigen in diesem Lande Ihnen als Finanzierung anempfehlen, nämlich den Dritten Förderweg zu beschreiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D)

Das empfiehlt Ihnen die WestLB, das sagt auch der Verband der Westdeutschen Wohnungswirtschaft, um nur zwei Zeugen zu nennen. Folgen Sie doch endlich einmal

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Welcher Mieter kann das bezahlen?)

dieser Sachkunde, die Ihnen vorgetragen wird. Dann haben wir mehr Wohnungen im Lande, genau das, was wir mittelfristig brauchen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Sie sind doch nicht der einzige, der Ahnung hat.)

- Nein, aber wenn es nach Ihnen geht - das belegen Sie sowohl hier im Lande als auch in Bonn -, dann überziehen Sie potentielle Investoren mit Bindungen und Bindungen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie würden ein noch stärkeres Regelwerk an Bindungen und Gesetzeswerken aussprechen, wenn man Ihnen folgen würde. Nein, ich sage: Es muß Vertrauen in

(A) (Zellnig [CDU])

die Wohnungsbaupolitik hineinkommen. Sonst geschieht das, was im Lande getan wird, daß jemand mühelos sein Kapital für 8 % zur Verzinsung anlegt, und er geht eben nicht in den Wohnungsbau hinein und stellt sich dem ständigen Hin und Her und dem ständigen Verstärken von Bindungen. Dem setzt er sich überhaupt nicht aus.

Ich sage noch einmal deutlich: Wenn es Ihnen wirklich um Wohnungsbau geht, dann nehmen Sie die Gedanken der WestLB ernst. Nehmen Sie auch das ernst, was in einem Positionspapier des Verbandes der Westdeutschen Wohnungswirtschaft dazu gesagt worden ist.

In dieser Situation will ich einige Eckpunkte unseres Antrages herausgreifen. Wir haben insbesondere einen Schwerpunkt in unserem Antrag in die Eigentumsförderung gelegt und haben sie gleichrangig auch in der jetzigen Situation neben die Förderung von Mietwohnungen gestellt. Bei der Einbringung unseres Antrages ist dieses Anliegen eingehend begründet worden. Ich will eines noch verdeutlichen:

(B) Bei der Einbringung habe ich dargestellt, daß offensichtlich Artikel 29 der Landesverfassung völlig außer acht geblieben ist, wonach eine breite Verbindung aller Volksschichten mit Wohnungseigentum anzustreben ist. Ich habe auch dargelegt, daß die Eigentumsquote in Nordrhein-Westfalen gegenüber den anderen Ländern geringer ist und daß dies verändert werden muß. Ich habe ebenso dargelegt, daß wir an der Forderung nach gleichrangiger Förderung von Wohnungseigentum ausdrücklich festhalten. Wenn Sie auch hier unverfängliche Zeugen brauchen, daß neben der Erwägung, daß Eigentum und Freiheit miteinander verknüpft sind, auch zu erwägen ist, daß das die wirtschaftlichste Form von Wohnungsbau ist, dann nehmen Sie bitte das Papier der WestLB mit zur Hand. Sie werden sehen, daß unsere Aussagen richtig sind.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Warum haben Sie dann in Bonn seit Jahren die Eigentumsbildung erschwert?)

Ein Letztes will ich zum Thema der Eigentumsförderung sagen. Wir halten ausdrücklich viel davon, gerade den frühen Eigentumserwerb junger Familien herbeizuführen, da hieraus auch eine Entlastungswirkung insgesamt für den Wohnungsmarkt kommt.

(C)

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Dann müssen Sie in Bonn auch danach handeln, Herr Kollege.)

Ein Allerletztes. Hören Sie doch mal zu, Herr Wolf, ich höre Ihnen gleich auch zu. Wir tauschen uns ja pausenlos aus; aber heute einmal im Zusammenhang.

Wir sagen deshalb auch Eigentumsförderung, weil wir wissen, daß Eigentum und Freiheit in einer Wechselbeziehung miteinander stehen. Wenn Sie in der SPD die Eigentumsdiskussion einmal offen und ehrlich führen, müssen Sie bekennen: Sie sind nicht die Anhänger des Eigentums, unter anderem deshalb nicht, weil Sie die Menschen mit Bindungen und Bindungen und noch mehr Bindungen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag überziehen wollen. Das ist Ihre Politik. Deshalb kommen Sie auch nicht zu mehr Eigentumsförderung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich will damit, da meine Redezeit zu Ende geht, anmerken:

Vizepräsident Schmidt: Würden Sie vorher eine Frage des Abgeordneten Hunger zulassen?

(D)

Abgeordneter Zellnig (CDU): Nein, ich habe, Herr Präsident, leider nur noch eine Minute Zeit. Die würde ich gerne ausnutzen.

Sie haben heute die letzte Entscheidungsmöglichkeit, einem offensichtlich vernünftigen Antrag zu folgen, nämlich die Realisierung von 50 000 Maßnahmen innerhalb des Mietwohnungsbaus in den nächsten fünf Jahren herbeizuführen. Es ist die letzte Gelegenheit, die richtige Maßnahme zu ergreifen, um die Linderung der Wohnungsnot in den kommenden fünf Jahren herbeizuführen. Wir möchten, daß Sie heute den Menschen in Nordrhein-Westfalen klipp und klar sagen, ob Sie diesen Weg mitbeschreiten wollen oder ob Sie es beim alten belassen wollen. Deshalb beantragen wir zu unserem Antrag auch namentliche Abstimmung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Büssow [SPD]: Übertreiben Sie es doch hier nicht!)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Zellnig. - Ich darf für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Schultz das Wort erteilen. Bitte schön.

Abgeordneter Schultz (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedaure es außerordentlich, daß wir mit profilierungssüchtigen Hahnenkämpfeien zwei oder drei Stunden Zeit verloren und jetzt nicht mehr die genügende Zeit haben, uns mit der Sache, dem wichtigen Problem der Wohnungspolitik, auseinanderzusetzen. Ich will deshalb versuchen, die vorbereitete Rede dementsprechend abzukürzen und auf ein paar von Herrn Kollegen Zellnig angesprochene Punkte einzugehen.

Herr Kollege Zellnig, Sie haben gesagt: Nun laßt uns doch mit den Schuldzuweisungen aufhören! Natürlich wollen Sie alle diese Schuldzuweisungen nicht mehr hören. Sie wollen nicht mehr hören, daß die Neokonservativen, übrigens angefangen mit Biedenkopf 1978 zusammen mit Miegel, das Ende des sozialen Wohnungsbaus eingeleitet und theoretisch untermauert haben. Jetzt könnte ich Ihnen eine ganze Reihe von Zitaten vorlesen; ich will darauf verzichten. Weil Sie alle diese Schuldzuweisungen nicht hören wollen, sagen Sie: Nun macht doch Schluß damit! Sie wollen die Ursachen der Wohnungsnot vertuschen.

(B)

Dann haben Sie auf die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Bezug genommen. Dazu will ich Ihnen etwas sagen: Der Ministerpräsident hat in dieser Regierungserklärung ein Wohnungsbauprogramm von etwa 26 000 bis 27 000 Wohnungen jedes Jahr bis 1994 angekündigt. Die SPD-Landtagsfraktion wird alles, aber auch alles daransetzen, dieses Programm zu erfüllen, obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen zu dem Zeitpunkt, als die Regierungserklärung abgegeben wurde, gänzlich andere waren. Seitdem geht uns eine Milliarde nach der anderen verloren - und das wissen Sie auch!

Dann sagen Sie: Tut etwas über das normale Maß hinaus! Halten Sie es eigentlich für normal - vielleicht wäre es gut, Herr Kollege Zellnig, wenn Sie auch zuhören würden -, daß sich der Bund maximal noch mit 20 % an den Kosten eines Wohnungsbauprogramms der Länder beteiligt? Ist das Ihre Vorstellung von Normalität? Im Gesetz steht, daß Bund und Länder gleichermaßen für die Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung verantwortlich

(C)

sind. Der Bund aber kommt seit einem knappen Jahrzehnt diesen Verpflichtungen nicht nach.

Sie legen uns hier einen Antrag vor, der toll klingt: 250 000 Wohnungen wollen wir in vier oder fünf Jahren bauen. Ganz gewaltig! Was Sie aber vergessen haben, ist, den Leuten zu sagen, daß das Wohnungen sein sollen - da komme ich zu Ihrem berühmt-berühmten Dritten Förderweg -, die 12 bis 15 DM Miete pro Quadratmeter und Monat kosten sollen. Wenn Sie das noch als Sozialwohnung verkaufen wollen, tun Sie mir leid. Das geht an der sozialen Realität in diesem Lande nun wirklich vorbei!

(Beifall bei der SPD)

Was Sie außerdem auch in Ihren Finanzierungsvorschlägen nicht sagen, ist, daß Sie das Vermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt bis weit in das nächste Jahrtausend hinein überstrapazieren würden. Ich kann daraus nur den Schluß ziehen, daß Sie nicht vorhaben

(Abgeordnete Nacken [GRÜNE]: Sie überweisen das Vermögen der WFA an die WestLB!)

- zu Ihrem Antrag sage ich auch gleich was, Frau Kollegin -, vor dem Jahr 2000 hier Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wenn Sie verantwortliche, auch fiskalisch verantwortliche Politik betreiben wollen, dann können Sie das Wohnungsbauvermögen nicht so belasten, wie Sie es belasten möchten.

(D)

Sie haben uns dann Ihren Reisebericht aus Dortmund gegeben. Dazu will ich Ihnen nur etwas sagen: Der Präsident der Architektenkammer ist nicht Mitglied dieser Fraktion der SPD, er ist auch nicht Mitglied der Partei der SPD. Er ist Präsident der Architektenkammer. Wenn er die Bonner Wohnungspolitik kritisiert hat, dann hat er es mit Sicherheit getan, nicht weil er etwa solch ein finsterner Sozi ist, sondern weil ihm einleuchtet und er sieht und erkennt, daß Bonn seit einem Jahrzehnt hier nicht mitmacht.

Dann haben Sie Herrn Kornemann zitiert, also den Hoesch-Wohnungsbauleiter, oder wie er sich nennt. Herr Kornemann hat ja in seinen theoretischen Schriften Mitte der 80er Jahre sozusagen aufgefordert, vom sozialen Wohnungsbau wegzugehen, weil das alles zuviel war. Ich will Ihnen sagen, was am 20. April 1985 - das können Sie nachlesen - in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gestanden hat. Hören Sie gut

(A) (Schultz [SPD])

zu, meine Damen und Herren, es ist hochinteressant: "Die Wohnungshalde in Nordrhein-Westfalen wächst, der Bestand reicht bis in das nächste Jahrtausend." Ein kluger Kopf! Und so haben wir eben viele kluge Köpfe gehabt, die immer auf das falsche Pferd gesetzt haben.

Sie setzen mit dem Dritten Förderweg heute wieder auf das falsche Pferd. Wenn Sie sich bei dieser Sache nun gerade auf die WestLB berufen, dann nehmen Sie zur Kenntnis: Das sind Bänker! Wir aber haben Verantwortung für die Wohnungssuchenden in diesem Lande zu tragen. Wir versuchen das mit etwa 2,7 Milliarden DM pro Jahr, davon etwa 500 Millionen DM aus Bonn, der Rest aus der Landeskasse und aus dem Landeswohnungsbauvermögen.

Wir gehen mit diesem Programm bis an die Grenze dessen, was wir finanziell leisten können. Ich weiß auch, daß das insgesamt nicht reicht, um die Wohnungsnot in diesem Lande zu beenden. Aber trotzdem können wir nicht den Haushalt noch mehr ausweiten.

Damit komme ich zu dem Antrag der GRÜNEN, Frau Kollegin Nacken. Sie haben uns ja aufgefordert, einen Sperrvermerk über 750 Millionen DM aufzuheben. Ich wünschte mir, wir könnten das. Ich sage Ihnen das offen.

(B)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Nein, ich will schnell zum Ende kommen; deshalb bitte keine Zwischenfragen!

Aber wenn wir 750 Millionen DM vier Jahre lang zusätzlich über Kredit finanzieren müßten, würden wir uns selbst fiskalisch strangulieren. Das erste Opfer der fiskalischen Strangulation wären die sozialen Leistungen dieses Landes, und das wollen wir nicht, Frau Kollegin Nacken - nun haben Sie doch nicht zugehört; ich wollte es Ihnen erklären, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können.

Der Dritte Förderweg ist eine Mogelpackung, und mit einer Mogelpackung, einem Mogelprogramm, auch Mogelfinanzierungsprogramm, läßt sich kein solides Wohnungsbauprogramm stricken. Wir können, Frau Kollegin Nacken, diese fiskalische Strangulation nicht machen. Deswegen müssen wir auch Ihren Antrag ablehnen. Ich hätte es gern gesehen,

wenn wir das Geld gehabt hätten, das zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Schultz, auch für die zeitliche Selbstbeschränkung in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit. - Ich darf dann dem Kollegen Kuhl von der Fraktion der F.D.P. das Wort erteilen.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine ganz persönliche Bemerkung zu Beginn dieser Debatte über den Wohnungsbau. - Die Veranstaltung, die wir hier drei Stunden lang über uns haben ergehen lassen müssen, habe ich persönlich als eine sehr beschämende Veranstaltung auch für die Bürger dieses Landes empfunden, die zu diesem Zeitpunkt auf der Tribüne gesessen haben. Ich hoffe, daß wir uns Derartiges in Zukunft ersparen können.

Ich finde es aber auch sehr bedauerlich, daß gerade von seiten der SPD argumentiert wird, daß man aufgrund dieser Auseinandersetzung die Sachthemen jetzt in den Hintergrund stellen müsse. Das kann ich allerdings auch nicht einsehen. Trotzdem, Herr Präsident, werde auch ich mich selbst beschränken und die mir zur Verfügung stehende Zeit nicht in Gänze ausnutzen.

(D)

Ich bedaure es im übrigen auch, daß die CDU hier wieder eine namentliche Abstimmung gefordert hat. Denn ich denke, sie ist vom Grundsatz her nicht notwendig. Wir haben ja über den Antrag der CDU hier häufig diskutiert.

Auch zu den Schuldzuweisungen will ich mich an dieser Stelle nicht mehr äußern. Wir sind sie inzwischen in diesem Hause von seiten der SPD und der Landesregierung gewohnt. Ich erspare es mir, darauf jetzt noch einmal einzugehen.

Ich will nur zwei Sätze zu dem sagen, was Sie, Herr Kollege Schultz, vorgetragen haben. Ich habe das schon einmal an dieser Stelle ausgeführt. Ich würde mich wirklich freuen, wenn die Landesregierung in der Lage wäre, das mehrjährige Wohnungsbauprogramm einmal durchzuhalten. Denn wir haben es ja schon häufig versprochen bekommen, das letzte Mal

(A) (Kuhl [F.D.P.]

von Ihrem Vorgänger, Frau Ministerin, und das ist dann auch nicht eingehalten worden.

(Zurufe von der SPD)

Die zweite Bemerkung betrifft Herrn Dr. Kornemann. Herr Kollege Schultz, Dr. Kornemann war zu dem Zeitpunkt, als er die Ausführungen gemacht hat, die Sie hier noch einmal angesprochen haben, Geschäftsführer in einem Verband der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Da lag er eindeutig falsch!)

- Sehen Sie!: Heute ist er Geschäftsführer eines Wirtschaftsunternehmens, da ändern sich bestimmte Dinge, und er hat das erkannt. Ich freue mich, daß er das erkannt hat. Denn die Aufsätze, die er in letzter Zeit geschrieben hat, sprechen eine sehr deutliche Sprache.

Aber ich wollte in dieser Debatte auch einige positive Dinge zur Landesregierung sagen, auch wenn Sie das vielleicht nicht so sehen.

(B)

Als positiv will ich zunächst einmal bewerten, daß Sie die Bürgschaftsrichtlinien neu gestaltet haben. Das war längst überfällig, Frau Ministerin. Ich erinnere mich, daß wir über diese Frage auch schon einmal korrespondiert haben. Ich freue mich, daß Sie diese F.D.P.-Forderung aus langen Zeiten jetzt übernommen haben. Hilfreich wäre es allerdings gewesen - das will ich trotzdem bemerken -, wenn Sie die Bürgschaftsbescheide statt auf drei Jahre auf sieben Jahre ausgedehnt hätten. Ich glaube, das hätte den Leuten, die diese Bürgschaften in Anspruch nehmen, mehr geholfen. Es hätte übrigens unter dem Strich nichts gekostet. Das muß man dabei sehen.

Positiv will ich auch bewerten, daß Sie eine zweite Forderung der F.D.P. nun endlich aufgenommen haben, die von der Landesregierung und auch von der SPD-Mehrheitsfraktion in der Vergangenheit immer abgelehnt wurde, daß nämlich die Förderungsbestimmungen es jetzt hergeben, daß Familien gefördert werden können, die bis zu 40 % über der Einkommensgrenze liegen. Denn gerade dieser Bereich spielt für junge Familien häufig eine wichtige Rolle, gerade für junge Familien, bei denen Mann und Frau im Arbeitsprozeß stehen. Eben diese Familien bedürfen

(C)

in der Tat der besonderen Förderung, weil es häufig Familien sind, die Kinder haben, die bauen wollen und für die es einfach nur eine Frage der - wie ich das immer formuliert habe - sogenannten Anreizfinanzierung ist, ob sie sich für eine eigene Wohnung entscheiden oder nicht.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kuhl, würden Sie eine Frage des Abgeordneten Wolf beantworten?

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Natürlich.)

Bitte schön!

Abgeordneter Wolf (SPD): Herr Kollege Kuhl, Sie hatten schon in der letzten Woche gesagt, daß wir hier auf einige Ihrer Forderungen eingegangen sind. Ich wollte Sie bitten, dann doch mit uns ein Geschäft zu machen, nämlich in gleichem Sinne in Bonn auf eine Forderung von uns einzugehen, die auf der gleichen Wellenlänge liegt, und zwar: durch Änderung der Konditionen in der Eigenheimförderung es diesen jungen Familien mit einer höheren Abschreibungsmöglichkeit zu ermöglichen, Eigentum zu schaffen, indem man es bei den Höherverdienenden abzieht. Das ist kostenneutral.

(D)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Wolf, würden Sie Ihre Frage stellen!

Abgeordneter Wolf (SPD): Wie würden Sie das sehen?

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident, jetzt hat er tatsächlich eine Frage gestellt. Er braucht ja manchmal etwas länger dazu.

Kollege Wolf, ich will Ihnen nur sagen: Geschäfte können wir ja gern einmal miteinander machen. Wenn Sie den Bürgern in diesem Lande dienen, bin ich immer gern dazu bereit. Nur: Sie wissen, daß ich Ihnen hier kein Geschäft zugestehen kann, da ich an dieser Stelle nicht für die Bundesregierung sprechen kann. Insofern erübrigt sich die Frage. Denn ich will hier nicht etwas zusagen, was ich nicht einhalten kann. Ich denke, das sollten wir, meinethalben ge-

(A) (Kuhl [F.D.P.]

meinsam mit den Kollegen der Bundestagsfraktionen von beiden Seiten - und ich lade die CDU dazu ein -, vielleicht mit dem zuständigen Arbeitskreis diskutieren. Dazu bin ich gern bereit. Aber Zusagen für die Bundesregierung: Das geht von dieser Stelle nicht.

Ich wollte ein drittes positiv bewerten, nämlich das neue System der Bewilligungsmieten, nachdem nun die Mietenstufen analog zum Wohngeldgesetz - das schafft ja übrigens auch die Bundesregierung und nicht die Landesregierung - mit den Beiträgen zwischen 5,80 DM und 6,60 DM je Quadratmeter Wohnfläche und Monat festgesetzt sind. Ich möchte allerdings Sie, Frau Ministerin, an dieser Stelle wirklich eindringlich bitten: Schreiben Sie dies jetzt fort, lassen Sie es nicht bei diesen Summen. Denn wir wissen alle, daß die nächste Wohngeldnovelle schon wieder im Deutschen Bundestag diskutiert und demnächst verabschiedet wird. Dann sollten Sie in der Tat diese Sätze in gleichem Maße fortschreiben, wie das Wohngeldgesetz in den einzelnen Stufen fortgeschrieben wird.

Wir hat sich aber die Wohnungspolitik in diesem Lande dargestellt? Meine Damen und Herren, in den Jahren 1987 bis 1989 sind bundesweit im Schnitt jeweils rund 220 000 Wohnungen fertiggestellt worden. In Nordrhein-Westfalen waren es rund 40 000 Wohnungseinheiten jährlich, und das bei einem Bevölkerungsanteil von 27 %. Das heißt: Nur 18 % der Fertigstellungen waren in Nordrhein-Westfalen, netto sogar noch erheblich weniger. Wenn Sie nämlich die Wohnungsabgänge in die Berechnung mit hineinnehmen, dann kommen Sie nur auf einen Anteil von 12,5 %. Damit ist Nordrhein-Westfalen dann nicht der Spitzenreiter, was den Wohnungsneubau angeht, sondern wir liegen da ziemlich am Ende.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Aber im öffentlich geförderten Wohnungsbau waren wir Spitze!)

Die vorläufigen Zahlen für 1990 zeigen im Grunde ein weiteres Zurückfallen des Landes, auch wenn die Fertigstellungszahlen, die ja derzeit von Ihnen auch sehr positiv verkauft werden - -

(Zuruf von der SPD: Spitzenreiter!)

- Nein. Da sind Sie im Moment Spitzenreiter. Aber dazu müßten Sie einmal darstellen, wo Sie die Werte

(C)

von vorher hernehmen. Denn Basis ist ja das verdammt schlechte Ergebnis von 1989. Dann kann ich mich natürlich hinstellen und sagen: Das ist jetzt besonders positiv. Gehen Sie in das Jahr 1980 zurück, dann werden Sie auf einmal bemerken, daß die Werte sehr schlecht aussehen.

Ich will demgegenüber auch einmal feststellen, weil ich es für die Gesamtbewertung für wichtig halte, daß die wirtschaftlich positive Entwicklung in den letzten Jahren anhält. Lassen Sie mich das mit einigen Zahlen verdeutlichen: Seit dem Tiefpunkt des Arbeitsmarktes im Herbst 1983 - ein Jahr nach der Wende - wurden 2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir werden voraussichtlich in diesem Jahr - die Bundesregierung unternimmt da gewaltige Anstrengungen - zusätzliche 500 000 neue Arbeitsplätze schaffen.

In der amtlichen Statistik liegt der Mietenanstieg zur Zeit bei 3 % im Jahr. Von 1985 bis 1990 sind die Wohnungsmieten um 14,2 % gestiegen. Das sind rund 2,5 % im Jahresdurchschnitt. Demgegenüber - das macht deutlich, wie schlecht die Politik hier in Nordrhein-Westfalen ist - sind die Einkommen der Arbeitnehmer, nämlich die Bruttolöhne und Gehälter der Beschäftigten, in gleicher Zeit um 22 % gestiegen, also um die Hälfte schneller.

(D)

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Und die Lebenshaltungskosten?)

Ich will eins hinzufügen: Durch die Stufen der Steuerreform ist das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer in diesem Lande sogar um 26,8 % gestiegen, also fast doppelt so stark wie die Mieten.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Die Rechnung ist ein bißchen zu liberal!)

Daran läßt sich auch ablesen, daß die Wohnungsvermieter den Erhöhungsspielraum für die Mieten in den letzten Jahren nur sehr moderat genutzt haben.

Meine Damen und Herren! Im wesentlichen sollte der Wohnungsmarkt aber eine private Veranstaltung sein. Dafür spricht auch, daß rund 80 % aller Wohnungen nicht öffentlich gefördert werden. Die Landesregierung selbst hält einen Anteil von höchstens einem Drittel an Sozialwohnungen für normal. 1990 beläuft sich der NRW-Anteil an öffentlich geförderten Woh-

(A) (Kuhl [F.D.P.]

nungen auf rund die Hälfte aller Fertigstellungen. Das heißt, eine Steigerung der Anteile freifinanzierter Wohnungen auf gut zwei Drittel setzt voraus, daß mehr Mietwohnungen und mehr Eigentumswohnungen von freien Trägern gebaut werden.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!)

- Ja, das ist richtig so, natürlich. Jetzt sage ich Ihnen aber auch, daß es überhaupt nicht erkennbar ist - gerade im Bereich der Mietwohnungen -, welche Rahmenbedingungen denn die Investoren in Nordrhein-Westfalen aus der Reserve locken sollen. Die Vorschläge des Landes - das, was Sie hier immer als Bundesratsinitiative so positiv verkaufen - wirken sich gerade in diesem Bereich sehr kontraproduktiv aus.

Hinzu kommt: Es wundert mich jetzt auch, Frau Ministerin, daß Sie vorgestern die bislang geltende dreijährige Kündigungssperre auf fünf Jahre - rückwirkend zum 1. August 1990 - angehoben haben. Damit haben Sie einen Fehlgriff getan, denn damit verschlechtern Sie die Rahmenbedingungen für den freifinanzierten Mietwohnungsbau noch künstlich.

(B) Natürlich weiß ich, daß die Bundesregierung Sie ermächtigt hat, dies machen zu können, da es ein Ermächtigungsgesetz gibt. Nur, man darf diese Ermächtigung nicht so flächendeckend auf das ganze Land ausbreiten, wie Sie es getan haben. Das hätte man nämlich für die wirklichen Problembereiche machen können; das hätte dann gereicht. Jetzt haben Sie von den 396 Gemeinden, die wir haben - wenn ich die Zahl jetzt richtig im Kopf habe -, 272 damit überzogen. - Sie stimmen mir zu, daß das so ist. Dies halte ich gerade für den freien Wohnungsbau für nicht förderlich.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Bereich, der nicht dazu führen wird, daß in Kürze mehr gebaut wird, sind die hohen Zinsen. Das kurzfristige Abbröckeln der Hochzinsphase ist schon wieder vorbei. Die Zinsen steigen wieder an; man merkt dies draußen auf dem Markt.

Warum ist das denn so? Es ist deshalb so, weil der Finanzbedarf der öffentlichen Hände gerade in Nordrhein-Westfalen immer stärker steigt und die Zinsen von denen genommen werden können, die die Darlehen geben. Wir haben ja heute morgen schon die Debatte darüber geführt. Wenn man dann sieht, wie

(C)

die Gemeinden hier ausbluten, so daß sie immer mehr öffentliche Darlehen aufnehmen müssen, dann verschulden Sie letztendlich diese Hochzinsphase mit.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Nein, nein!)

- Ich sage bewußt "mit", Herr Kollege Wolf.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das ist wahr!)

Lassen Sie mich auch sagen, daß sich die Politik des Landes nach wie vor vor der Halbierung des sogenannten Sozialbestandes vollzieht.

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen und damit die SPD in Nordrhein-Westfalen hält nach wie vor an den bisherigen Fördersystemen fest. Sie denken noch nicht einmal daran, die Inanspruchnahme des sogenannten Dritten Förderweges - so wie es Ihnen auch die Bundesregierung vorgeschlagen hat und wie es andere Bundesländer praktizieren - durchzuführen. Ich halte dies für denkbar schlecht; denn gerade mit der Förderung über den Dritten Förderweg könnten wesentlich mehr Wohnungen gefördert werden als beispielsweise über den Ersten Förderweg.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Aber für wen? Das ist die Frage!)

(D)

- Ich sage Ihnen das gleich noch, Herr Kollege Wolf. Das führt doch immer wieder dazu, daß man feststellen muß, daß es zuviel ist, wenn einzelne Wohnungen in Nordrhein-Westfalen inzwischen im Laufe ihres Subventionslebens mit bis zu 200 000 DM gefördert werden. Daran wird deutlich, daß das System, das in Nordrhein-Westfalen praktiziert wird, nicht funktioniert.

Das geht nicht nur zu Lasten des Landeshaushalts, das geht auch zu Lasten der Bürger. Damit schüren Sie zugleich den Unfrieden draußen im Lande. Ich wiederhole, was ich häufig in den Diskussionen gesagt habe: weniger Fördermittel, mehr Wohnungen. Weniger Fördermittel für die einzelne Wohnung schafft insgesamt mehr Wohnungen. Oder geben Sie doch Fördermittel zum Beispiel für den Ankauf von Belegungsrechten aus, für die sozial Schwachen, und schaffen Sie auch damit unter dem Strich mehr Wohnungen!

(A) (Kuhl [F.D.P.]

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Keine mehr!)

Das ist das Rezept, was wir hier dringend benötigen.

Ich habe immer wieder, auch in der Vergangenheit, darauf hingewiesen, daß man nicht nur als Land, sondern auch als Kommune - wenn denn Belegungsbindungen auslaufen - solche Belegungsrechte käuflich erwerben kann, und zwar für bestimmte Zeiträume. Ich sage noch einmal eindringlich: Nutzen Sie endlich diese Instrumente und reden Sie nicht nur immer darüber, daß man Sozialwohnungen für die Schwächsten in unserem Lande braucht, sondern handeln Sie entsprechend!

Ich will auch einfügen, daß es auf Dauer nicht richtig sein kann, daß immer mehr Fehlbeleger in Sozialwohnungen leben.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: 27 000 mal in diesem Jahr!)

- Herr Kollege Wolf, hören Sie doch zu! Dann können wir uns darüber wieder unterhalten. Die Zwischenrufe helfen weder Ihnen noch mir noch sonst jemandem.

(B) Es kann nicht angehen, daß in diesem Land immer mehr Sozialwohnungen auf Dauer fehlbelegt sind, sondern es muß so sein, daß der, der einmal das Recht auf eine Sozialwohnung hatte, nach einer bestimmten Zeit, nämlich wenn er herausgewachsen ist, diese Wohnung dann auch freimacht. Das wollen Sie nicht, weil Sie sagen, dann gingen soziale Beziehungen kaputt. Dem können Sie schlicht und einfach dadurch entgegenwirken, daß Sie die Belegungsrechte nicht für dreißig Jahre, sondern für erheblich kürzere Zeiträume festschreiben; denn es ist einfach so, daß gerade junge Menschen, die einen eigenen Hausstand gründen und zuerst in Sozialwohnungen leben, aufgrund der Tatsache, daß sie älter werden und mehr verdienen, ganz automatisch aus diesen Sozialwohnungen herauswachsen und Fehlbeleger werden.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kuhl, hier sind zwei Wünsche auf Zwischenfragen aufgelaufen, vom Kollegen Hunger und vom Kollegen Appel. Wollen Sie die Fragen beantworten?

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Aber natürlich!)

(C)

Zunächst Herr Kollege Hunger. Bitte!

Abgeordneter Hunger (SPD): Herr Kollege Kuhl, kann ich Ihren Äußerungen zu den Fehlbelegern entnehmen, daß Sie die Auffassung vertreten, daß alle die, die sich nicht mehr im Einkommensrahmen des sozialen Wohnungsbaus befinden, ihre Wohnung verlassen sollen? Das wäre die Konsequenz Ihrer Argumentation.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Hören Sie doch einmal zu!)

Wenn das so ist, sollten Sie sich dazu auch voll bekennen.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Kollege Hunger, wenn Sie wenigstens ein einziges Mal zuhören würden - ich bitte wirklich darum -, hätten Sie gerade gehört, was ich gesagt habe, nämlich daß man das System ändern muß. Ich habe nicht gesagt, daß man Leute auf die Straße setzen soll. Diese Interpretation hilft in der Diskussion doch überhaupt nicht. Ich bitte Sie!

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

(D)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kuhl. - Dann die Frage von Herrn Appel. Bitte schön, Herr Appel!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Kollege, das geht in die gleiche Richtung: Sie haben gesagt, diese Fehlbeleger könnten sich nicht darauf berufen, daß Sozialbeziehungen verloren gingen. So wie ich das als Nichtfachmensch verstehe, heißt das auf gut deutsch: Die sollen ausziehen. Dann sagen Sie das doch! Sie sind doch in der Opposition, dann können Sie auch Vorschläge machen. Wie ist das damit vereinbar, daß Wohnen so etwas wie ein Grundrecht ist? Das hat doch etwas mit menschlichen Beziehungen zu tun und ist nicht einfach eine Handelsware.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Kollege Appel, ich bin gern bereit, Ihnen das auch noch einmal zu erläutern. Ich habe gerade ausgeführt, daß man das System dergestalt ändern muß, daß man Sozialbindun-

(A) (Kuhl [F.D.P.]

gen schrittweise abbaut und bei den Belegungsrechten auf zehnjährige Fristen kommt.

Ich will Ihnen auch sagen, was ich im Landtagswahlkampf wiederholt erklärt habe, auch draußen im Lande: Wenn man diese Wohnungen nach zehn Jahren nicht mehr benötigt, weil das Belegungsrecht ausläuft, kann der, der drin ist, drin bleiben. Wenn man aber feststellt, daß der, der in dieser Sozialwohnung wohnt, noch nicht den Sprung aus den sozial-schwachen Einkommen heraus geschafft hat, hat man die Möglichkeit, ein neues Belegungsrecht für einen bestimmten Zeitraum anzukaufen. Das ist, wie ich glaube, eine ganz einfache Erklärung, und das ist der Weg, den wir gehen müssen. Es hilft überhaupt nichts, Sozialwohnungen über dreißig Jahre mit Belegungsrechten zu belegen, die nachher niemand mehr ausschöpfen kann und in denen nach bestimmten Zeiten immer die falschen Leute sind. Diese Untersuchungen sollten Sie kennen, wenn Sie sich mit der Thematik beschäftigen. Daher kommt auch die hohe Anzahl der Haushalte, die die Fehlbelegungsabgabe zahlen müssen, zustande.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das sind nur 12 bis 20 %!)

(B) Das halte ich nicht für in Ordnung. Ich hoffe, daß ich das jetzt so deutlich gemacht habe, daß Sie das auch verstanden haben.

Meine Damen und Herren, ich will noch eines sagen - ich habe die Zeit jetzt doch mehr in Anspruch genommen, als ich wollte -: Daß die Politik in diesem Lande falsch ist, ist auch an einem ganz naheliegenden Zustand ablesbar gewesen. Wir haben festgestellt, daß das Land 1990 auf der Mehrzahl seiner Mittel für die Wohnungsmodernisierung sitzengeblieben ist. Und warum? Weil Sie die entsprechenden Kosten auf zehn Jahre in Höhe von 7,50 DM festschreiben wollten. Daß Sie das jetzt geändert haben, ist sicherlich ein Fortschritt; denn nun wird sich die Nettomiete, die festgeschrieben wird, an der Bewilligungsmiete im Neubau orientieren, sie wird 30 Pfennig darunter liegen. Das wird, denke ich, das Interesse der Eigentümer finden. Auch hier hätten Sie schon früher auf die F.D.P. hören sollen.

Meine Damen und Herren, ich habe an dieser Stelle die einzelnen Positionen des Haushalts ganz bewußt nicht angesprochen. Ich möchte Ihnen zum Schluß

(C)

allerdings empfehlen - und zwar sowohl dem Ministerium als auch der Ministerin als auch der SPD-Fraktion -, sich einmal in die Rede des Bundespräsidenten auf der Festveranstaltung "100 Jahre Mieterverein zu Hamburg - 90 Jahre Deutscher Mieterbund" vom 8. Juli 1990 einzulesen. Der Bundespräsident hat dort gesagt:

Keiner der Beteiligten darf vergessen, daß es nicht primär die Politik ist, die Wohnungen baut, und daß es ebensowenig die Politik ist, die aus sich selbst heraus Wohnungen erhalten kann.

Dies sollten Sie in Nordrhein-Westfalen zur Maxime Ihrer Wohnungsbaupolitik machen. Dann würde hier vieles besser. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und Zustimmung von der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Abgeordneten Kuhl von der F.D.P.-Fraktion und erteile für die Fraktion DIE GRÜNEN Frau Kollegin Nacken das Wort.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich, wie von der SPD-Fraktion angeregt worden ist, meine Redezeit verkürzen wollte, könnte ich eigentlich nur sagen: Die Landesregierung hat wunderbare Arbeit in diesem Bereich geleistet. Damit wäre mein Redebeitrag dann beendet.

(D)

(Beifall bei der SPD)

- Ihr Applaus ist verfrüht, weil das, wie Sie aus den Ausschußberatungen wissen, nicht meine Meinung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mit einem Zitat aus der Regierungserklärung von Johannes Rau anfangen:

Es gibt wieder Wohnungsnot in Deutschland.

Mit diesen Worten begann er seine Ausführungen zur Wohnungspolitik. Da die damit verbundenen Aufgaben aus seiner Sicht immer wichtiger werden, hat er damals ein eigenständiges Ministerium für Bauen und

(A) (Nacken [GRÜNE])

Wohnen eingerichtet. Ich will an dieser Stelle meine Bedenken gegen die Trennung der Bereiche Städtebau- und Verkehrspolitik zurückstellen und einmal die Zielsetzung des Ministerpräsidenten, ein verstärktes Engagement des Landes in der Wohnungspolitik zu übernehmen, ernst nehmen. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist einer der Prüfsteine für die Lauterkeit dieser Absichtserklärung; denn mehr ist diese Aussage zunächst nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal an das erinnern, was hier in NRW, aber auch beim Bund und in den anderen Ländern dazu geführt hat, daß man aus einem langen Schlaf aufgewacht ist und erkannt hat, daß der Wohnungsmarkt nicht den Gesetzen des freien Marktes überlassen werden kann.

Ein solches Vorgehen hat verheerende Folgen für diejenigen gehabt, die auf preiswerten sozialgebundenen Wohnraum angewiesen sind. Sie fallen leicht durch diese Maschen des freien Marktes in die Obdachlosigkeit oder zumindest in die Abhängigkeit von Sozialhilfe und Wohngeld.

(B) Aus diesem Dornröschenschlaf sind die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen durch die Wahlerfolge der Republikaner wachgerüttelt worden. Traurig genug, daß es eines solchen Anlasses bedarf, um Verantwortung zu erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber seitdem tut sich zumindest etwas in der Wohnungspolitik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Leider noch nicht genug!

Die Situation hat sich seit dieser Regierungserklärung verschärft. Es fehlen nach wie vor 400 000 Wohnungen in NRW. Konkretes Beispiel dafür sind die Mietgesuche und die Angebote in den Tageszeitungen. Sie stehen in einem eklatanten Mißverhältnis. Den Mietangeboten stehen bis zu vierfach so viele Mietgesuche gegenüber.

Die Stadt Münster meldet zum Beispiel 3 000 wohnungsuchende Mietparteien mit Wohnberechtigungsschein für Sozialwohnungen.

1 000 DM Belohnung für die Beschaffung einer

(C)

Wohnung sind im Anzeigenteil der Zeitungen keine Seltenheit mehr.

Die Mietpreise klettern kontinuierlich. Ein Anteil von 30 % am Haushaltseinkommen für Mietkosten ist bereits zum Schnitt geworden, Herr Kollege Kuhl. Diese Mietenexplosion betrifft aber nicht nur Ballungsräume und Neubauwohnungen, sondern zunehmend die preiswerten Altbaubestände.

Dazu das Institut der Deutschen Wirtschaft: "Altbauten sind für neue Mieter teuer. Sie zahlten 1990 beim Umzug in eine Altbauwohnung im Schnitt über 25 % mehr an Miete als Mieter, die bereits 1988 eingezogen waren.

Oder das Beispiel Dortmund, was einigen Wohnungspolitikern hier im Hause ja sehr gut bekannt ist! Auch dort zur Zeit rund 4 000 wohnungsuchende Parteien mit Wohnberechtigungsschein! Zudem hat sich die Zahl der Räumungsverfahren aufgrund von Mietrückständen innerhalb eines Jahres von 850 auf 1 600 Fälle verdoppelt. Resultat: Die Übernachtungsstelle für Obdachlose ist überfüllt. Und erstmals seit Jahren mußten wohnungsuchende Familien wieder in Obdachlosensiedlungen untergebracht werden.

Ich will bei dem Beispiel Dortmund bleiben, weil es die abstrakten Zahlen etwas lebendiger macht. Die Wohnungsnot hält sich trotzdem in Dortmund im Vergleich zu Großstädten wie München und Frankfurt in Grenzen. Die Mieten sind vergleichsweise niedrig, und der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtbestand ist aufgrund der Wohnungspolitik von Land und Kommunen in den Jahren vor 1980 groß.

(D)

Dennoch spitzt sich auch hier wie in ganz NRW die Lage weiter zu. Die Gründe dafür sind hier bereits häufiger angesprochen worden: Geburtenstarke Jahrgänge gründen ihren eigenen Hausstand; immer mehr Menschen wollen in ihren eigenen vier Wänden alt werden - und die Menschen werden heute immer älter -; der Trend zu kleinen Ein-Personen-Haushalten und der Zuzug von Aussiedlern sowie von Ex-DDR-Bürgern und -Bürgerinnen hält nach wie vor an. Dadurch werden die Prognosen überrollt, die einmal für die Entwicklung des Wohnungsmarktes gestellt wurden.

In Dortmund wiederum heißt das konkret: Statt der Anfang der 80er Jahre prognostizierten 500 000

(A) (Nacken [GRÜNE])

Einwohner zur Jahrtausendwende muß jetzt mit 615 000 bis 625 000 gerechnet werden.

Da liegt natürlich auf der Hand, daß bei einer Schwankung des Bedarfs der Fehlbedarf nicht durch Neubauten, für die jetzt erst Baugenehmigungen erteilt werden, gedeckt werden kann. Hier wie überall in NRW wird es über längere Zeit Mangelercheinungen und in der Folge soziale Spannungen geben.

Aber damit nicht genug. Die Wohnungen in Dortmund wie überall in NRW werden nicht nur knapper, sondern auch teurer. Die Mietpreisbindungen und Belegungsrechte für die besonders preiswerten Sozialwohnungen aus den 50er und 60er Jahren laufen in den nächsten Jahren regulär aus. Für NRW heißt das eine Reduktion des heutigen Bestandes von 1,5 Millionen auf 700 000 Wohnungen in 1995.

Für Dortmund beispielsweise rechnet man damit, daß 40 % der bis 1965 gebauten Sozialwohnungen als preiswerter Mietraum mit Mieten von bisher 3,30 DM bis 5,20 DM pro m² wegfallen werden.

Meine Damen und Herren, dieses Beispiel ist mit veränderten Zahlen auf andere Städte und Gemeinden in NRW übertragbar. Mein Fazit aus dieser Situation:

(B)

Es gibt zwei Handlungsschwerpunkte für engagierte und zukunftsweisende Wohnungspolitik.

Das ist zum ersten sicherlich der verstärkte Zubau von neuen Wohnungen, um mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommune den Fehlbedarf, der derzeit herrscht, auszugleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt aber zum zweiten, daß die Bestandspolitik mindestens den gleichen Stellenwert haben muß wie der Wohnungsbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich den vorliegenden Einzelplan unter diesen beiden Gesichtspunkten betrachte, meine ich: Die Worte des Ministerpräsidenten, verstärkt Wohnungspolitik zu betreiben, bleiben lediglich eine Ankündigung. Ich sehe kein verstärktes Engagement in diesen beiden Bereichen.

(C)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Leider!)

Da ist zunächst einmal der Neubau. Hier gibt es trotz vollmundiger Erklärungen nicht mehr Mittel als in den beiden Vorjahren. - Herr Kollege Zellnig hat das bereits ausgeführt. - Keine einzige Wohnung entsteht mehr als in den Vorjahren. Es bleibt bei 27 000 öffentlich geförderten Wohnungen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Viel zu wenig! - Abgeordneter
Wolf [SPD]: Weil der Bund kein Geld
gibt!)

Die häufig genannte Zahl von 33 000 Wohnungen, meine Damen und Herren von der SPD, ist völlig unrealistisch, da sie nur zustande kommen kann, wenn der Bund seine Mittelzuweisung an die Länder erhöht. Das ist aber nicht in Sicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es stimmt: Auch aus meiner Sicht kommt der Bund seiner Verpflichtung für den Wohnungsbau nicht nach. 2,2 Milliarden DM für die Wohnungsbauprogramme der alten Bundesländer und diese Summe im nächsten Jahr noch einmal um 20 % zugunsten der neuen Bundesländer gekürzt, sind angesichts der Probleme lächerlich gering. Hier wird versucht, Löcher mit dem Stopfgarn zu stopfen, das an anderen Stellen dringend gebraucht wird.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Bonn verschläft nach wie vor seinen Einsatz in diesem Problem und sitzt das Problem aus. Ich denke, daß dieser Sitz allerdings sehr heiß werden könnte.

Meine Kollegen und Kolleginnen von der SPD-Fraktion, Sie wissen so gut wie wir alle hier, daß sich der Bund aus dieser Verantwortung stehlen wird. Daher ist es unlauter, von Ihrer Seite immer wieder von 33 000 Wohnungen zu sprechen. Sie wissen, daß diese mit Ihren Haushaltsansätzen nicht finanzierbar sind und daß Bonn nicht zahlen wird. Und Sie weigern sich nach wie vor konstant, die als Aufstockung für diesen Fall X, nämlich den Fall, daß Bonn doch

(A) (Nacken [GRÜNE])

zahlt, vorgesehenen 750 Millionen DM freizugeben, ohne eine Aufstockung in gleicher Höhe aus Bonn zu erhalten. Eine solche zugegeben einseitige Vorleistung von Ihrer Seite könnte ich als verstärktes Engagement im Wohnungsbau bezeichnen und hätte ich in der Tat auch von Ihnen erwartet, denn diese Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung dieses Haushalts als Zuweisung für den Wohnungsbau vorgesehen.

Der Hinweis, Frau Ministerin Brusis, der in den letzten Tagen von Ihnen gemacht worden ist, ohne den freifinanzierten Wohnungsbau sei der Wohnungsmangel in Nordrhein-Westfalen nicht zu beheben, ist so richtig wie er für die Landesregierung billig ist. Billig, weil die Anreize dafür über das Steuerrecht, also aus Bonn, kommen sollen.

Ich stimme Ihnen zu, daß zwei Drittel der benötigten Wohnungen privat finanziert werden müssen. Nur fehlt bisher die nötige Kreativität, wie private Investoren für den Wohnungsbau gewonnen werden können, wie die ehemals gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaften zum Wohnungsbau von preiswerten und langfristig gebundenen Wohnungen verpflichtet werden können, wie die Versicherungen als finanzkräftige Investoren gewonnen oder der alte Werkwohnungsbau wiederbelebt werden kann. Über das Steuerrecht alleine wird das nicht funktionieren. Abgesehen davon, daß dies auch öffentliche Kassen sind, nur eben nicht die NRW-Landeskasse.

(B)

Den zweiten Punkt, die Bestandspolitik, suche ich in diesem Einzelplan vergeblich. Ich meine ernsthaftes Engagement, nicht die Modernisierungsprogramme, die mir im Ausschuß bei meiner Frage danach entgegengehalten wurden. Der Versuch, über Modernisierungsmittel erneut Bindungen für Wohnungen' zu erlangen, ist sicherlich ein Weg. Aber Sie selbst mußten im Ausschuß mitteilen, daß diese Mittel nicht abgerufen wurden. Sie haben sie zum Ende des Jahres doch zu den Neubaumitteln umschichten müssen.

Eine Verbesserung der Nachfrage durch eine Erhöhung der Sozialwohnungsmieten, wie sie erfolgte, kann zwar zu einer besseren Abrufung des Programmes führen, gleichzeitig dreht sie aber selbstverständlich mit an der Mietpreisspirale. Auch dadurch schrumpft der so wichtige Markt der preiswerten Wohnungen. Gekrönt wird diese Bestandspolitik dann noch durch den Beschluß - wir haben es in diesem

(C)

Haushalt nicht damit zu tun, aber werden uns im Laufe des Jahres noch damit beschäftigen -, den Härteausgleich für rund 140 000 Mieterhaushalte mit überdurchschnittlich hohen Mieten in diesem Jahr zu kürzen. Für Sozialwohnungen aus den 70er Jahren müssen dann monatlich im Schnitt 55 DM, für Wohnungen von 1975 im Schnitt 23 DM mehr bezahlt werden. Das ist eine ganze Menge für einkommensschwache Haushalte.

Frau Brusis ließ dazu in der "Westfälischen Rundschau" am 06.03.1991 verlauten:

Nur so sei der Bau von mindestens 27 000 Sozialwohnungen zu finanzieren, wenn der Bund 20 % der Wohnungsbaumittel in die neuen Länder umverteilen würde.

Ich habe es bereits im Plenum der letzten Woche gesagt. Aber ich finde diese Absichten zum Härteausgleich so unglaublich, daß ich es wiederholen muß. Hier sollen gerade die Mieter und Mieterinnen die Zeche zahlen, die der Bund offenläßt. Hier sollen Mieterinnen einspringen, die aufgrund ihrer geringen Einkommen gerade auf die Hilfe aus öffentlichen Kassen angewiesen sind. Die Aussicht auf Wohngeldzahlungen sind ein schwacher Trost für Haushalte, die bisher nicht den Gang zum Sozialamt oder Wohnungsamt antreten mußten. Einem Interventionsfonds für Kommunen zum Ankauf von Bindungen von spekulationsbedrohtem Wohnraum - auch von den nach und nach freierwerdenden, bisher militärisch genutzten Wohnräumen - konnten Sie nicht zustimmen. Dies wäre ein erster Schritt zu einer engagierten Bestandspolitik gewesen, wie sie für diese Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen notwendig wäre.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letztes Beispiel zu den Haushaltsberatungen. Es gab unter unseren Anträgen einen, der gar kein Geld gekostet hätte. Es ging darum, 10 % der Modernisierungsmittel für Kommunen einzuräumen, die Beratungen für die Anpassung von Wohnraum für ältere Menschen anbieten und auch diese Maßnahmen umsetzen können.

Sie wissen alle: Es gibt einen erhöhten Bedarf an altengerechten Wohnungen. Neubaumittel für diesen speziellen Personenkreis wurden weder im Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

(A) (Nacken [GRÜNE])

noch in dem hier betroffenen Ministerium eingesetzt und vorgesehen. Warum dann nicht zumindest Zustimmung zu diesem Antrag? Altenpolitik spielte doch auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eine ganz wichtige Rolle.

Abschließend, meine Damen und Herren: Wohnungspolitik in diesem Haushalt ist bei der Absichtserklärung stehengeblieben, und ich sehe keine Perspektiven für eine Veränderung. Wir werden diesem Haushaltsplan nicht zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort der Ministerin für Bauen und Wohnen, Frau Brusis. Bitte schön.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Es gehört sicher zum Ritual von Haushaltsberatungen, daß die Fraktionen der Opposition der Landesregierung Handlungsunfähigkeit und Untätigkeit vorwerfen.

(B) Aber, Herr Abgeordneter Zellnig, wie Sie zu der Aussage kommen können, es sei in den letzten Monaten nichts geschehen, kann ich nicht nachvollziehen. Sie wissen als Mitglied des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen, daß in den letzten Monaten die Wohnungsbauförderungsbestimmungen des Landes gründlich überarbeitet worden sind, daß wir mit diesen neuen Wohnungsbauförderungsbestimmungen den Bedürfnissen der Menschen in diesem Lande stärker entsprochen haben, sie an die aktuelle wirtschaftliche Situation angeglichen haben, was sich sofort bemerkbar gemacht hat, beispielsweise an der steigenden Zahl der Anträge auf Eigentumsförderung.

Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, mit der Änderung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen die Eigentumsförderung auch in dieser sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation zu sichern und auszubauen.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Sie haben offensichtlich auch nicht zur Kenntnis genommen, daß die Landesregierung die Mittel für

(C)

den Bau von Altenwohnheimen und Behindertenwohnheimen im Wohnungsbauprogramm dieses Jahres und für die nächsten Jahre verdoppelt hat, so daß wir in der Lage sind, den Anforderungen, die derzeit in diesem Bereich in dieser Legislaturperiode gestellt werden, zu entsprechen.

Sie haben offensichtlich auch nicht zur Kenntnis genommen, daß wir ganz gezielt versucht haben, auch denjenigen ein Angebot zu machen, die bis zu 40 % oberhalb der Einkommensgrenze liegen, weil wir wissen, daß es insbesondere viele junge Familien gibt, die Schwierigkeiten haben, ihre Bedürfnisse auf dem freien Wohnungsmarkt zu befriedigen. Dies ist ein Angebot, das auch den früher in unserem Lande sehr stark vertretenen Werkwohnungsbau der industrieverbundenen Wohnungsunternehmen wieder stärker anregen soll. Ich hoffe, daß davon Gebrauch gemacht wird.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin! Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Arentz?

(Ministerin Brusis: Bitte schön.)

Bitte, Herr Kollege Arentz!

(D)

Abgeordneter Arentz (CDU): Frau Kollegin, haben wir Sie richtig verstanden, daß Anträge auf Neubau von Altenwohnungen und Altenheimen, die jetzt gestellt werden, von Ihrem Haus noch in dieser Legislaturperiode, also bis spätestens 1995, bewilligt werden können?

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Nein, Anträge, die bis zum Sommer vergangenen Jahres vorlagen,

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Ja, ja, voll erwischt! So ist das!)

können in dieser Legislaturperiode befriedigt werden.

Meine Herren und Damen, zurück zum Wohnungsbauprogramm und dem, was in den letzten Monaten, Herr Abgeordneter Zellnig, in diesem Lande geschehen ist und was Sie eigentlich wissen müßten, auch als Mitglied des Verwaltungsrates der Wohnungsbau-

(A) (Ministerin Brusis)

förderungsanstalt. Sie haben dort zur Kenntnis nehmen können - ich sage das hier noch einmal sehr deutlich -, daß das Wohnungsprogramm 1990 zu 99,9 % erfüllt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich hat es uns beschäftigt, daß die Modernisierungsmittel nicht so abgeflossen sind, wie es von uns gewünscht war. Aber in einer Zeit, in der Wohnungsnot herrscht, ist es auch verständlich, daß in vielen Fällen von Modernisierung abgesehen wird, weil man auch Wohnungen vermieten kann, die nicht modernisiert sind, oder weil man Schwierigkeiten hat, die Mieter für eine gewisse Zeit in anderen Wohnungen unterzubringen, damit die Modernisierungsmaßnahmen stattfinden können. Deshalb halte ich es nicht für ein Unglück, wenn wir in einer solchen Situation die für Modernisierung vorgesehenen Mittel zunächst in den Neubau stecken, und dort sind sie abgerufen worden.

(Zustimmung des Abgeordneten Schultz [SPD])

Daß sie abgerufen werden, meine Herren und Damen, zeigt doch auch, daß unsere Wohnungsbauförderung nach wie vor für Wohnungsunternehmen und die Bauwirtschaft attraktiv ist.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Nun wieder einmal zum Stichwort "Dritter Förderweg"! Wir hatten ja vor einer Woche noch Gelegenheit, uns mit diesem Thema zu befassen. Ich will noch einmal deutlich sagen - und das ist, glaube ich, meine Herren und Damen von der CDU- und von der F.D.P.-Fraktion, der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns -: Wir definieren Sozialwohnungen anders als Sie.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!)

Für uns ist eine Sozialwohnung nur dann eine Sozialwohnung, wenn sie zu einem angemessenen Mietpreis auf Dauer an Mieter vermietet werden kann, die mit einem niedrigen Einkommen zurechtkommen müssen.

(Zustimmung des Abgeordneten Frey [SPD])

Diese Bindungen müssen auch überprüfbar sein.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, ich muß Sie noch einmal unterbrechen. Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zellnaig zulassen?

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Im Hinblick auf die Redezeit, Herr Zellnaig, bitte ich um Verständnis. Sie hatten Gelegenheit, hier zu debattieren; ich möchte jetzt bitte auch Gelegenheit haben, dazu in aller Kürze Stellung zu nehmen.

Die Überprüfung von Bindungen ist eine der Schwierigkeiten bei im Dritten Förderweg geförderten Wohnungen. Wir hören jetzt aus den Bundesländern, die diesen Dritten Förderweg in den letzten Jahren praktiziert haben, daß diese Bindungen nicht überprüfbar sind, daß die Wohnungen über der eigentlich zulässigen Miete vermietet werden und Mieter und Vermieter darüber schweigen, weil der Mieter froh ist, überhaupt eine Wohnung gefunden zu haben. Dies, denke ich, ist ein entscheidender Gesichtspunkt, wenn wir über den Dritten Förderweg diskutieren.

(Zustimmung des Abgeordneten Schultz [SPD])

(D)

Worauf es uns ankommt - und das unterscheidet uns von den Oppositionsfractionen -, ist, für Bezieher kleiner Einkommen bezahlbare Wohnungen auf Dauer zur Verfügung zu stellen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wieso unterscheidet Sie das von uns? Das ist doch genau unser Ziel!)

- Entschuldigung, ich hätte der Richtigkeit halber hinzufügen müssen: von den Oppositionsfractionen CDU und F.D.P. Ich kann den Einspruch der Fraktion DIE GRÜNEN verstehen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Da kann mich auch ein Argumentationspapier der WestLB nicht überzeugen, weil die WestLB natürlich nach anderen Kriterien urteilt, wenn sie sich über Wohnungsbauförderung ein Urteil verschafft,

(A) (Ministerin Brusis)

(Zustimmung bei der SPD)

als dies eine Landesregierung tut, die sich vor allem denjenigen verpflichtet fühlt, die auf unsere Hilfe in besonderer Weise angewiesen sind,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die WestLB wird sowieso verkauft!)

und die Wohnungsbauförderung mit Sozialpolitik zu verbinden hat.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Die WestLB wird Ihnen schon klarmachen, wo es langgeht!)

Ein Drittes, meine Herren und Damen. Ich habe - das ist hier richtig zitiert worden - immer wieder darauf hingewiesen, daß Wohnungsbauförderungspolitik sich - -

(Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, einen Augenblick bitte!

(Erneut Glocke des Präsidenten)

(B)

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Ich habe in den vergangenen Monaten immer wieder darauf hingewiesen, daß Wohnungsbauförderungspolitik sich nicht darauf beschränken darf, immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen und auf deren Versäumnisse hinzuweisen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Richtig!)

Ich habe aber zugleich deutlich gemacht, daß Wohnungsbauförderungspolitik nach wie vor eine Aufgabe ist, die in der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen steht.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, ich darf Sie noch einmal unterbrechen. Herr Kollege Kuhl möchte eine Zwischenfrage stellen.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Kuhl. Ich möchte jetzt

(C)

keine Zwischenfrage zulassen. Ich bin gerne bereit, an anderer Stelle wieder mit Ihnen zu diskutieren; aber wir sind, glaube ich, sehr unter Zeitdruck.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund setzt in vielen Bereichen der Wohnungspolitik Rahmenbedingungen. Er hat es weitgehend in der Hand, Bedingungen vorzugeben, in denen sich Wohnungsbauförderungspolitik bewegen muß. Deshalb kann ein Land und können die Länder insgesamt nicht darauf verzichten, den Bund an seine Verantwortung im Rahmen der Wohnungsbauförderung zu erinnern. Es ist ja nicht so, als ob das nur die sozialdemokratische Landesregierung von Nordrhein-Westfalen täte. Alle Bundesländer haben in den letzten Jahren den Bund mehrfach dahingehend gemahnt, daß er seiner Verantwortung nicht entsprechend nachkommt.

Ich will angesichts der vorliegenden Anträge, das Land solle seine Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau noch einmal aufstocken, darauf hinweisen, daß es schon jetzt einen eklatanten Unterschied gibt zwischen dem, was das Land für die Wohnungsbauförderung leistet, und dem, was der Bund oder auch andere Bundesländer leisten.

Ich will dies an wenigen Zahlen deutlich machen. Der Anteil der Wohnungsbauförderung am Bundeshaushalt beträgt derzeit 0,7 %, der Anteil der Wohnungsbauförderung am Landeshaushalt 3 %. Das ist mehr als viermal soviel.

(D)

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Weil der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an der Finanzierung der Bundeswehr so gering ist!)

Ich will darüber hinaus sagen: Wir haben in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen schon erhebliche Vorleistungen erbracht.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!)

Ich berufe mich auf die Zahlen von 1989, weil die Zahlen von 1990 noch nicht vorliegen. 1989 wuchs die Zahl der geförderten Wohnungen in Baden-Württemberg um 50,3 %, in Bayern um 33,5 %. In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der geförderten Wohnungen um 65,1 % gestiegen.

(A) (Ministerin Brusis)

(Beifall bei der SPD)

Dies macht die Leistung des Landes in der Wohnungsbauförderung deutlich.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Sie gehen doch von ganz falschen Voraussetzungen aus. Das ist doch unredlich!)

- Über die Voraussetzungen kann ich Ihnen etwas sagen, Herr Kuhl: Nordrhein-Westfalen hat nämlich in den Jahren davor längst nicht so große Einbrüche im Wohnungsbau erlebt wie die anderen Bundesländer.

(Beifall bei der SPD)

Von daher sind die Zahlen für Nordrhein-Westfalen noch einmal positiver zu werten.

Ein letztes: Bezieht man die Zahl der geförderten Wohnungen auf die Bevölkerungszahl, dann kamen in Baden-Württemberg im Jahre 1989 auf 100 000 Einwohner 75 öffentlich geförderte Wohnungen. In Bayern waren es 91. In Nordrhein-Westfalen lag dieser Wert bei 141 öffentlich geförderten Wohnungen auf 100 000 Einwohner.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der Wohnungsnot ist das immer noch zu wenig. Wir müßten eigentlich mehr tun. Es reicht aber nicht aus, immer wieder nur an das Land Nordrhein-Westfalen zu appellieren, es müsse mehr tun.

Meine Herren und Damen, das Land Nordrhein-Westfalen wird sein Wohnungsbauprogramm von 27 000 Wohneinheiten in diesem und in den nächsten Jahren durchführen, auch wenn uns der Bund jetzt erneut mit seiner Finanzierung im Stich läßt, weil Bundesmittel aus dem Land abgezogen werden. Wir werden dies auffangen müssen.

Angesichts der Not, die auf diesem Gebiet im Lande herrscht, werden wir unser Wohnungsbauprogramm aber erfüllen. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Herren und Damen von CDU und F.D.P.: Sie haben noch die Möglichkeit, über Ihre Parteien und Ihre Fraktionen im Deutschen Bundestag die Kürzung der Bundesmittel im Bundeshaushalt zu verhindern. Ich hoffe da auf Ihre Unterstützung.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort der Frau Kollegin Nacken für die Fraktion DIE GRÜNEN.

(Abgeordnete Nacken [GRÜNE] eilt zum Rednerpult.)

- Langsam!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Keine Aufregung, meine Damen und Herren, ich mache es ganz kurz: Die CDU hat uns einen Antrag vorgelegt, der - anders als im Ausschuß - keine Zweckbindung mehr für den Dritten Förderweg vorsieht, sondern nur eine Aufstockung der Mittel für den Wohnungsbaubereich. Dem stimmen wir - ohne diese Zweckbindung - natürlich zu, auch wenn wir uns in der Art, wie wir Wohnungsbau ausführen würden, extrem unterscheiden.

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich stelle fest, daß es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung: Es liegen Änderungsanträge zum Einzelplan 14 vor. Wir kommen zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1426. Dieser Antrag enthält Anlagen. Über alle Anlagen kann eine gemeinsame Abstimmung stattfinden, so daß wir nur eine Abstimmung zu vollziehen haben.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1426 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist abgelehnt.

Ein zweiter Änderungsantrag liegt vor, und zwar von der Fraktion der CDU mit Drucksache 11/1427, Stichwort: Zuschüsse an die WFA. Die Fraktion der CDU hat namentliche Abstimmung

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

beantragt. Dies ist zulässig. Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung. Ich bitte Herrn Kollegen Lieven, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Unruhe - Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU] unterhält sich mit Abgeordneten Dr. Linssen [CDU].)

- Zunächst darf ich einmal Herrn Kollegen Meyer bitten, sich zu setzen. Ich werde dazu gleich auch die Mitglieder anderer Fraktionen auffordern, damit das Verfahren ordnungsgemäß abgewickelt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bitte Herrn Kollegen Lieven mit dem Namensaufruf zu beginnen. Bitte sagen Sie klar und deutlich "Ja" oder "Nein" oder "Enthaltung".

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, wer hat bisher noch nicht an der Abstimmung teilgenommen?

(Zwei Abgeordnete melden sich und geben ihr Votum ab.)

(B)

Noch jemand? - Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich bitte auszuzählen.

Die Abstimmung ergab folgendes Ergebnis: Für den Antrag stimmten 92, gegen den Antrag 131 Abgeordnete. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/1114. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung angenommen worden.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

**Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft**

Die Beschlußempfehlung liegt Ihnen mit Drucksache 11/1110 vor. Darüber hinaus liegen mit Drucksache 11/1422 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE

(C)

GRÜNEN mit 21 Anlagen und mit Drucksache 11/1423 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor.

Ich erteile als erster Rednerin der Frau Abgeordneten Dr. Schrapf von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Dr. Schrapf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen der Kürze der Zeit verkneife ich es mir, über die Beratung im Ausschuß öffentlich nachzudenken; diese war im Grunde genommen eine Farce, ein Trauerspiel. Von der Mehrheitsfraktion wurde es als unsinnig betrachtet, sich mit den Gedanken der Oppositionsfraktionen überhaupt zu beschäftigen.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Wenn ihr unsinnige Anträge stellt, ist das so!)

Es war ein Trauerspiel, was die Auswirkung auf den Umweltschutz angeht. Der Einzelplan 10 zeigt keinerlei Schwerpunktbildung für eine ökologische Weiterentwicklung dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Von diesem Haushalt wird auch keine Signalwirkung ausgehen, um wesentliche Akzente zum Schutze der Umwelt in Nordrhein-Westfalen zu setzen.

(D)

Der Abfallentsorgung, die sich in einigen Bereichen Nordrhein-Westfalens zu einem Notstand auswächst, wird finanziell nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zugemessen. Meine Damen und Herren! Seit Jahren unterhält sich diese Parlament über die Notwendigkeit von Abfallwirtschaftsplänen, Standortfestlegungen, Planfeststellungsverfahren, Altlastenbeseitigung usw. Für mich hat die Hoffnung bestanden, daß im Haushalt 1991 trotz notwendiger Sparmaßnahmen Zeichen gesetzt würden, um eine zukunftsweisende Arbeit in diesem so wichtigen Bereich zu ermöglichen. Leider sind diese Hoffnungen wie ein Luftballon zerplatzt.

(Beifall bei der CDU)

Vor uns liegt lediglich eine Novelle des Landesabfallgesetzes. Diese Novelle bestätigt und verstärkt die seit Jahren von der Landesregierung immer mehr praktizierte vorherrschende Tendenz, jegliche Entsor-